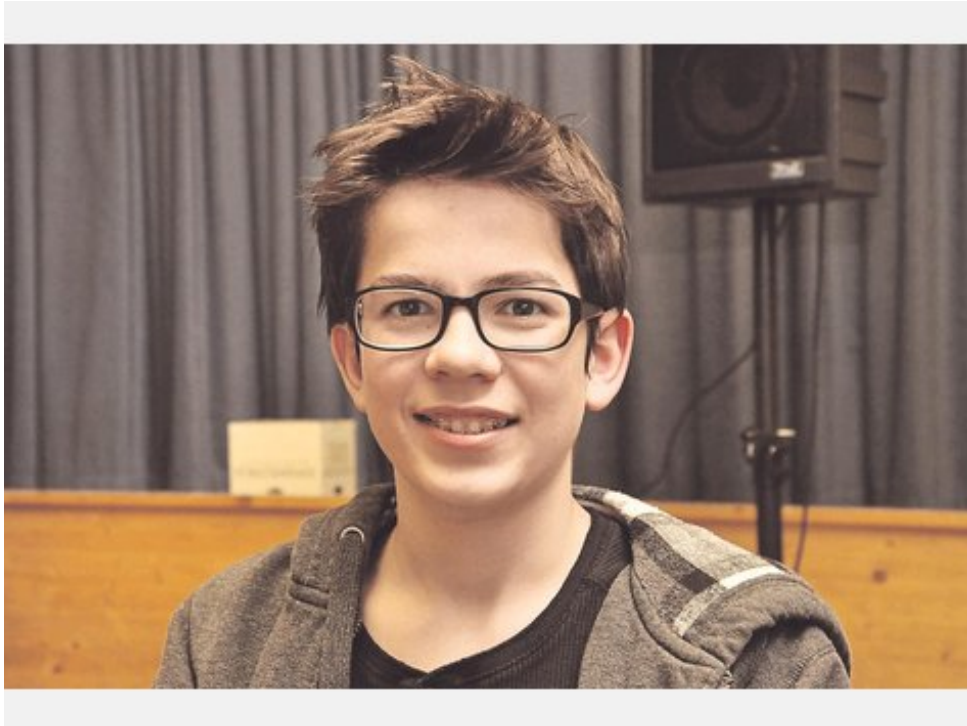


Felix will wählen



Felix Finkbeiner ist seit sieben Jahren politischaktiv. Foto: Lory/Archiv

Uffing - Der Uffinger Felix Finkbeiner (16) und seine Mitstreiter meinen es ernst: Sie sind jetzt vor das Bundesverfassungsgericht gezogen, um das Wahlrecht für junge Menschen durchzusetzen.

Im August 2013 bekam Felix Finkbeiner, deutschlandweit und darüber hinaus als Gründer der Kinder- und Jugendinitiative Plant for the Planet bekannt, Post von der Gemeinde Uffing. „Hiermit bestätigen wir Ihnen, dass Sie zur Bundestagswahl 2013 nicht wahlberechtigt sind, da Sie am Wahltag das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben“, stand in dem Brief.

Dass junge Menschen vom Urnengang ausgeschlossen sind, wurmt den Teenager. Zusammen mit anderen legte er daher Einspruch gegen die Bundestagswahl ein. Das Ziel: Sie sollte für ungültig erklärt werden. Doch der Bundestag wies den Vorstoß erwartungsgemäß zurück. So war der Weg frei, vor das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zu ziehen.

„Uns Kindern und Jugendlichen sind Themen wichtig wie Klimakrise, die weltweite Gerechtigkeitskrise, nationale Verschuldung und Bildung“, erklärt Finkbeiner. Erwachsene hätten dazu oft eine ganz andere Meinung. „Das meine ich nicht vorwurfsvoll, sondern feststellend. Als älterer Mensch würde und werde ich vielleicht auch anders denken, und anderes wird mir wichtiger sein als heute.“ Die Hälfte der deutschen Bevölkerung sei über 55 Jahre alt. „Sie dürfen alle wählen und haben damit die Entscheidungsmacht, obwohl ihre Perspektiven sich stark unterscheiden von denen, die am längsten mit den Auswirkungen ihrer Entscheidungen leben müssen.“ Bezeichnend findet Finkbeiner, dass beim TV-Duell im September 2013 zwischen Peer Steinbrück und Angela Merkel nicht ein einziges Mal das Wort „Klima“ gefallen sei.

Bei Plant for the Planet habe man die Erfahrung gemacht, dass sich viele Kinder schon sehr früh kritisch und klug mit ihrer Welt auseinandersetzen, dass sie besser Englisch sprechen und mehr vom Internet verstehen als ihre Eltern und Großeltern.

Finkbeiner, der schon mit neun Jahren politisch aktiv war, ist überzeugt: Mit dem Wahlrecht für junge Menschen würde deren Stellenwert als politische Zielgruppe steigen - als Wähler, für deren Interessen die Politiker etwas

tun müssten, und die sie endlich ernst nehmen und mit ihnen reden müssten anstatt nur über sie. „Endlich würde nicht mehr - oder zumindest nicht mehr so offensichtlich - an jenen vorbeiregiert, die am längsten von all dem betroffen sind, was die aktuellen Entscheidungsträger beschließen.“

Manch Zeitgenosse meint freilich, Kinder und Jugendliche könnten viele Dinge noch gar nicht richtig einschätzen und überblicken. Felix Finkbeiner teilt diese Ansicht nicht. Junge Leute hätten „klare Vorstellungen, handeln konsequent und sind seit vielen Jahren politisch aktiv auf lokaler, nationaler und oft auch globaler Ebene“. Auch vielen Erwachsenen fehle der Durch- und Überblick. „Bei den Kindern mag der Prozentsatz höher sein, deswegen fordern wir ja auch, dass Kinder und Jugendliche anders als Erwachsene sich vorher in die Wahllisten eintragen lassen müssen.“

Finkbeiner zieht noch einen historischen Vergleich: Auch Frauen seien früher mit ähnlichen Argumenten, dass sie viele Dinge nicht richtig einschätzen und überblicken können, daran gehindert worden ihre Stimme abzugeben.

Johannes Templer, Leiter des Murnauer Jugendzentrums, steht dem Vorstoß der jungen Leute aufgeschlossen gegenüber. „Man müsste sich das einmal im Detail anschauen.“ Templer hat die Erfahrung gemacht: „Wenn man Jugendliche beteiligt, kommen recht fundierte Sachen heraus.“ Und sie hätten durchaus ein Gespür für Themen wie zum Beispiel Ökologie und Gerechtigkeit.

Felix' Vater Frithjof Finkbeiner steht voll hinter der Initiative „Wir wollen wählen!“. „Mal sehen, ob Karlsruhe die Klage zulässt und wenn ja, welche Empfehlung die Verfassungsrichter der Regierung geben.“ Vielleicht schreibe Uffing hier ja wieder Geschichte wie schon beim Thema Mobilfunk. Hier gab es im Jahr 2012 ein wegweisende Gerichtsurteil. Auch die Initiative „Wir wollen wählen!“ wurde in Uffing gestartet. (roy)